

UNREGULIERT
Joshua Murimi
Wanjohi verkauft
Pestizide an
Bauern. Was er
in seinem Shop
führt, wird nicht
kontrolliert

Text Paul Hildebrandt und Birte Mensing Fotos Khadija Farah

GIFT ZU VERKAUFEN

In Kenia versprühen Bauern deutsche Pflanzenschutzmittel, die bei uns längst verboten sind. Die Bundesregierung verspricht, das zu stoppen. Doch die Industrie hat sich längst in Stellung gebracht

greenpeace magazin 1.24

Am Hang des Mount Kenya in Zentralkenia steht der Imker Henry Muriuki und blickt sorgenvoll in die Ebene. Er hat große Angst um die Bienen in seiner Region. „Hier“, sagt er und zeigt auf ein Schild am Straßenrand, das den Teeanbau ankündigt, „ist die Bienengrenze.“ Was er meint: Hinter dem Schild sterben die Tiere.

Denn während in höheren Lagen Tee angebaut wird, ohne Pestizide, wächst weiter unten am Hang Kaffee – mit Pestiziden. Unterhalb der Kaffeeplantagen breitet sich eine vielfältige Landschaft aus, mit Tomatenfeldern, Kaffee, Mais und grünen Bohnen. Doch blickt man mit Muriukis Augen in die Ebene, erstreckt sich dort unten ein vergiftetes Land. Vergiftet von chemi-

schen Pflanzenschutzmitteln, die auch aus Europa stammen. „Dawa“ werden sie in Kenia genannt, auf Suaheli bedeutet das Heilmittel. Muriuki glaubt nicht, dass diese Stoffe heilen. Er glaubt, dass sie sein Land zerstören und die Bienen töten.

In Kenia liegt die Landwirtschaft bis heute in der Hand von Kleinbauern, die einen Großteil der Produkte für die eigene Bevölkerung anbauen. Nur wenig wird bisher exportiert, vor allem Rosen, Tee und Kaffee. Das soll sich ändern. Kenias Präsident William Ruto hat die Landwirtschaft zum „führenden Sektor der wirtschaftlichen Transformation“ erklärt. Er will den Agrarsektor massiv ausbauen und damit viele Menschen aus der Armut führen.

Um die Erträge zu steigern, sollen die Landwirte stärker als bisher auf chemische Dünge- und Pflanzenschutzmittel setzen, zu großen Teilen entwickelt in Europa, unter anderem von den Weltkonzernen BASF und Bayer. Für die deutschen Unternehmen sind wachsende Märkte in Schwellenländern sehr wichtig, denn dort sind auch Produkte zugelassen, die in Europa längst nicht mehr erlaubt sind, weil sie als zu gefährlich für Mensch oder Natur gelten. Kenia orientiert sich offiziell zwar an internationalen Standards, was Pestizide betrifft. Aber in der Praxis werden Stoffe, die einmal registriert wurden, nur selten vom Markt genommen, auch wenn sie etwa in der EU nicht mehr auf die Felder dürfen.

Nach der letzten Bundestagswahl versprach die neue Regierung deshalb: In Zukunft sollen Exporte von bestimmten Pestiziden, die in Deutschland verboten sind, untersagt werden. Es war eine Ankündigung, die hohe Wellen schlug – aber bis heute nicht umgesetzt wurde. Vielmehr ist um die geplante Verordnung ein Streit entbrannt, zwischen Unternehmen und Umweltaktivistinnen, Bauern und Imkern. Es geht um Einflussnahme auf die Politik, um verschiedene Interessen und um die Frage: Muss die deutsche Regierung Menschen, Tiere und Umwelt in Kenia vor deutschen Produkten schützen?

Kaum Pestizidforschung in Kenia

Ein Tag im Juli 2023. Henry Muriuki stapft einen Pfad entlang. Der 53-Jährige trägt schwarze Gummistiefel, zwei Beutel aus Ziegenfell baumeln um seine Schulter. Er ist auf dem Weg zu seinen Bienenstöcken, die am Waldrand in den Bäumen hängen, gelbe Kästen, aus denen ein Summen erklingt. Ein Zeichen, dass alles in Ordnung ist. Das war nicht immer so.

Wann das Bienensterben begann, kann Muriuki nicht mehr genau sagen, irgendwann vor etwa zwanzig Jahren muss es gewesen sein, als er mehr und mehr tote Bienen in seinen Stöcken fand. Zunächst war er ratlos, doch dann hörte er von der verheerenden Wirkung mancher Pflanzenschutzmittel. Er sagt, er



SELFMADE-AUSRÜSTUNG

Viele Landwirte in Kenia können sich die einfachsten Hilfsmittel nicht leisten. Wenn Henry Muriuki und seine Kollegen nach ihren Bienen schauen, schützen sie sich mit selbst genähten Imkerhüten

habe daraufhin Briefe an Politikerinnen und Wissenschaftler der Universitäten in der Hauptstadt Nairobi geschrieben. „Ich wollte, dass sie etwas unternehmen, aber niemand interessierte sich dafür.“

In Kenia, das berichten Forschende, gebe es zu den Auswirkungen von Pestiziden bis heute kaum Erkenntnisse. Eine Studie zeigt aber, dass sich in Pollen und Honig Reste von Pestiziden finden, die schädlich für Bienen sind. Einer der Wirkstoffe: Imidacloprid. Das von Bayer entwickelte und auch von anderen Firmen hergestellte Mittel gehört zu der Gruppe der Neonikotinoide – und ist in der EU seit Jahren verboten.

Dessen ungeachtet nimmt der Import von Pflanzenschutzmitteln seit Jahren massiv zu. Waren es im Jahr 2000 noch 500 Tonnen Pflanzenschutzmittel, stieg die Menge bis 2018 auf geschätzte 18.000 Tonnen an. Laut einem aktuellen Bericht

der Heinrich-Böll-Stiftung stammt fast jedes siebte verkaufte Mittel in Kenia von Bayer, darunter „Thunder“, das zu den meistgenutzten in Kenia gehört. Der Wirkstoff auch hier: Imidacloprid.

Henry Muriuki sagt, er kenne Landwirte, die ihre Blüten mit der Hand bestäuben müssen, weil die Insekten fehlten. „Mit Wattestäbchen.“ Seine Bienenstöcke stehen heute in einem Naturschutzgebiet,

weit weg von den mutmaßlich vergifteten Feldern. 120 Stöcke besitzt er, mehrere Millionen Bienen leben darin. In der Region gibt es nicht mehr viele Imker wie ihn.

Rund 6000 Kilometer entfernt, in Monheim am Rhein, steht ein Mann vor einem Glaskasten, um zu zeigen, wie verantwortungsvoll diese Stoffe seiner Ansicht nach entwickelt werden. Er sagt: „Wir schützen alle Beteiligten, so gut wir können.“ Heiko Rieck, 51 Jahre alt, leitet die Insektizidforschung der Division Crop Science von Bayer. Die Abteilung liegt umgeben von blühenden Feldern, abgeschirmt durch einen hohen Gitterzaun. „Pflanzenschutzmittel sind neben Medikamenten die vielleicht am meisten untersuchte und analysierte Produktgruppe.“

Vor ihm im Glaskasten stehen aufgereiht grüne Baumwollsetzlinge in Plastiktopfen. Davor fährt ein weißer Arm auf

Einige Landwirte bestäuben ihre Blüten per Hand, da die Bienen fehlen



AN DER BIENENGRENZE

Imker Henry Muriuki verzichtet bewusst auf industrielle Pestizide. Sie töten seine Bienen, sagt er – und stellt eigene Pflanzenschutzmittel her



SICHERHEITSTEST UNTER GLAS

Gewächshäuser wie dieses in Monheim sind Teil der Entwicklungsabteilung von Bayer. Mehr als 400 Millionen Euro kostet es laut dem Konzern, bis ein Pestizid marktreif ist

und ab. Bei jedem Topf stoppt der Roboter kurz und versprüht eine klare Flüssigkeit. Der Kasten ist hermetisch versiegelt, zu unklar sind noch die Nebenwirkungen. Hier werden Stoffe entwickelt wie die, die der kenianische Imker Muriuki für den Tod seiner Bienen verantwortlich macht.

Jedes Mittel wird nicht nur auf seine Wirksamkeit geprüft, sondern auch auf mögliche Nebenwirkungen: Welchen Effekt hat es auf die Pflanze? Welche Folgen kann der Einsatz für Mensch, Natur und Tiere haben – auch solche, die keine Schadinsekten sind? Um diese Fragen zu beantworten, führt das Unternehmen Versuche durch: sowohl in Gewächshäusern und Laboren als auch auf Testfeldern.

Stoffe, die in Deutschland zugelassen werden, durchlaufen einen aufwendigen Prozess. Sobald Firmen sicher sind, dass sie alle Standards einhalten, reichen sie einen Zulassungsantrag für den Wirkstoff

bei der EU ein. Wird er genehmigt, was mehrere Jahre dauert, beantragen die Hersteller beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eine Registrierung des Produkts. Etwa drei weitere Jahre dauert dann die Prüfung der eingereichten Studien. Erst wenn das Bundesamt die Zulassung bestätigt, darf das Produkt auf den Markt.

Bayer steckt Millionen in Lobbyarbeit

Der Chemiker Rieck will bei diesem Rundgang zeigen: Bayers Produkte sind sicher für Mensch und Natur – solange sie sachgemäß eingesetzt werden, wie er sagt. Das gelte auch für den Wirkstoff Imidacloprid: Bei richtiger Anwendung drohe Bienen kein Schaden.

Aber selbst in Deutschland werden beim Einsatz offenbar Fehler gemacht. Im

Jahr 2008 führten Rückstände des Insektizids Imidacloprid auf Maissaatgut vermutlich zu einem massiven Bienensterben in Baden. Bis heute gehört dieser Wirkstoff in Kenia zu den am meisten genutzten.

Für Bayer gleicht die Entwicklung eines Wirkstoffes einer gewaltigen Wette: Mehr als 400 Millionen Euro kostet sie nach eigenen Angaben. Rieck sagt: „Wenn ein Wirkstoff nicht zugelassen würde, dann wären unsere Investitionen weg.“

Deshalb nimmt Bayer viel Geld in die Hand, um öffentlich Einfluss zu nehmen. In Deutschland steckt das Unternehmen nach eigener Aussage jährlich zwei Millionen Euro in ein sogenanntes Verbindungsbüro, das den Kontakt zur Politik herstellen soll. Auf EU-Ebene zahlt Bayer jährlich insgesamt mehr als sechs Millionen Euro für die Lobbyarbeit. Weltweit hat die Aktiengesellschaft zusammen mehr als 100.000 Mitarbeitende.

Demgegenüber stehen Vereine wie das Inkota-Netzwerk, das seit vielen Jahren für ein Exportverbot wirbt. Mehr als ein Drittel der rund fünfzig Mitarbeitenden sind Freiwillige. Ihre Arbeit finanziert sich durch Spenden, Zuwendungen vom Bund und Stiftungsgelder.

Als der grüne Bundesagrarminister Cem Özdemir im September 2022 erklärte, man werde sich nun um ein Exportverbot für gesundheitsschädliche Pestizide kümmern, brachten sich Bayer und BASF in Stellung. Das zeigen Dokumente des rheinland-pfälzischen Agrarministeriums, die dem Greenpeace Magazin vorliegen.

Über ein Verbot muss im Bundesrat abgestimmt werden. Legen die Länder ein Veto ein, scheidet der Plan. In Rheinland-Pfalz ist die FDP-Ministerin Daniela Schmitt zuständig für Landwirtschaft. Bereits im November 2022 schrieb ein Vertreter von BASF an ihr Ministerium: „Mittelfristig würde ein nationales Exportverbot bestimmter PSM (Pflanzenschutzmittel) zu einer Abwanderung von heimischen Produktionseinrichtungen mit hohen Standards und Arbeitsplätzen führen.“

Am 19. Januar 2023 trafen sich Mitarbeitende der Bayer AG mit der Ministerin, um über das geplante Exportverbot zu sprechen. Nur einen knappen Monat später traf sie sich mit Vertretern von BASF.

Am 13. April folgte ein Besuch einer BASF-Delegation im Ministerium in Mainz. In den folgenden Wochen lieferte BASF ein Rechtsgutachten nach, das beweisen soll, wie problematisch das geplante Exportverbot ist, und drohte erneut damit, die Produktion der Pflanzenschutzmittel ins Ausland zu verlagern.

Mehr als ein Jahr ist es nun schon her, seit Landwirtschaftsminister Özdemir das Verbot angekündigt hat. Bis heute ist nichts passiert, dabei wurden die Ziele der Grünen im Koalitionsvertrag bereits weitgehend eingedampft: Von den ursprünglichen Forderungen nach einem umfassenden Exportverbot von in Deutschland nicht zugelassenen Inhaltsstoffen blieb kaum etwas übrig. Nun wird nur noch über den Export fertiger Produkte verhandelt, die explizit verboten wurden, weil sie gesundheitsschädigend sind. Produkte,

In der Regierung blockiert die FDP das Exportverbot – sagen die Grünen

deren Zulassung lediglich ausgelaufen ist, und Inhaltsstoffe wie das umweltschädliche, für Bienen gefährliche Imidacloprid dürften demnach auch in Zukunft weiter ins Ausland verkauft werden.

Aus Parteikreisen der Grünen heißt es, die FDP-geführten Ministerien würden bei der Ressortabstimmung blockieren. Auf Anfrage schreibt das Justizministerium, man gebe keine Informationen zu laufenden Verhandlungen heraus. Das Verkehrsministerium, ebenfalls FDP, reagiert auf Presseanfragen über Monate hinweg nicht. Nur der agrarpolitische Sprecher der Partei, Gero Hocker, ist zum Interview bereit.

Hocker sagt, er könne die Sorgen der Industrie verstehen. „Da fließen viele Millionen in die Entwicklung jedes Pflanzenschutzmittels. Natürlich führt das dazu, dass man diesen Wirkstoff am Ende anwenden möchte, und zwar längerfristig.“

Und weiter: Mehr als die Interessen der Industrie treibe ihn persönlich die Situation der Landwirte um – die ohne chemische Pflanzenschutzmittel keine Möglichkeiten hätten, ihre Ernte vor Insekten oder Krankheiten zu schützen. Alternativen zum Status quo? Zieht er nicht in Betracht.

Zurück in Kenia: Etwas außerhalb von Kaigo, einem kleinen Ort im Zentrum des Landes, steht Joshua Murimi Wanjohi am Rande seines Tomatenfeldes und beobachtet, wie einer seiner Feldarbeiter mit einem Plastikrohr Chemikalien in eine blaue Wassertonne rührt: das Fungizid „Topstar“ eines chinesischen Herstellers, das er im Wechsel mit dem Insektizid „Belt“ von Bayer verwendet. Beide beinhalten giftige Inhaltsstoffe, deren Zulassung in der EU nicht verlängert wurde.

Das Wasser verfärbt sich gelb und beginnt zu schäumen. Der Mann füllt die Flüssigkeit in eine tragbare Pumpe, die er sich auf den Rücken schnallt. Dann geht er durch das Beet und besprüht alle Tomatenpflanzen sorgfältig. Eine Wolke legt sich über das kleine Feld, der bittere Geruch sticht in der Nase.

Unterhalb von Wanjohis Feld verläuft ein Fluss, der auch Trinkwasserquelle für Hunderte Menschen in der Region ist. Ob ihm bewusst ist, dass das Gift ins Trinkwasser gelangen könnte? Schulterzucken.



DEMONSTRATION

In einem „Center of Excellence“ zeigt Bayer, mit welcher Schutzkleidung Pestizide ausgebracht werden sollten. Die Realität sieht oft anders aus



ANGERÜHRT
Das Fungizid „Topstar“ des Herstellers Jiangsu United enthält den Wirkstoff Mancozeb, der in der EU nicht mehr zugelassen ist

In einer Bayer-Broschüre für Landwirte zu den Pestiziden beim Tomatenanbau werden solche Gefahren nicht erwähnt. Einzelne Produkte werden sogar als umweltfreundlich beworben, wenn sie Stoffe enthalten, die nachgewiesenermaßen Wasserökosysteme gefährden.

Wanjohi beschäftigt dreißig Männer, jedem von ihnen zahlt er einen Tageslohn von umgerechnet drei Euro. Nebenher verkauft er in seinen zwei Läden Pflanzenschutzmittel an andere Landwirte. Während Medikamente nur in Apotheken verkauft werden dürfen, prüft in Kenia niemand den Handel mit Pestiziden.

Vor drei Jahren nahm Wanjohi an einer Schulung von Bayer Crop Science teil. Trotzdem trägt keiner seiner Arbeiter eine Schutzausrüstung, Handschuhe oder Masken. „Zu teuer“, sagt er. Auf dem Feld liegen leere Pestizidtüten. Niemand kontrolliert, wie viel des Mittels verwendet wird oder in welcher Häufigkeit. Die „sachgemäße Anwendung“, die Bayer zur Bedingung für eine sichere Nutzung der Pestizide macht – Fehlanzeige.

Industrie zahlt Reisen der Kontrolleure

Das Unternehmen betont immer wieder, wie wichtig ihm die Menschen auf den Feldern und auch die Umwelt seien. Nach der Übernahme von Monsanto 2016 und der Kritik an der Fusion startete Bayer eine Charmeoﬀensive. „Wir haben zugehört. Und verstanden“, hieß es in einer Anzeige, und weiter: „Es darf keinen Zweifel daran geben, dass wir weiteren Fortschritt für eine nachhaltige Landwirtschaft als Grundlage für unsere Ernährung brauchen.“ Bilder wie die vom Landwirt Wanjohi, der seine Leute ohne Schutzausrüstung sprühen lässt, kann das Unternehmen nicht gebrauchen. Auch deshalb gibt es seit verganginem Jahr in Kenia vier sogenannte „Bayer Center of Excellence“, in denen Landwirte kostenlos den richtigen Umgang mit den giftigen Stoffen lernen können.

Auf der anderen Seite tun die Unternehmen alles dafür, um ihre Produkte auf dem Markt zu halten. Direkte Verhandlungen mit der Regierung übernimmt



AUSGESETZT

Ein Arbeiter besprüht Tomatenpflanzen mit „Topstar“. Über die Folgen macht er sich wenig Gedanken – dabei bestehen ernsthafte Gesundheitsbedenken

CropLife Kenya, der nationale Ableger von CropLife International, dem weltweit größten Lobbyverband der Pestizidhersteller – in dessen Vorstand Bayer und BASF sitzen.

Wie einflussreich CropLife Kenya ist, zeigt zum Beispiel die Tatsache, dass rund die Hälfte der Gewinne durch Importzölle auf Pflanzenschutzmittel direkt wieder zurück an den Lobbyverband selbst fließen.

Die andere Hälfte der Importgebühr geht an die staatliche Pestizid-Kontrollbehörde PCBC, die chronisch unterfinanziert ist. Die ehemalige Leiterin Esther Kimani sagt: „Die einzigen Tests, die wir in Kenia machen, überprüfen, ob das Produkt wirksam gegen den Befall der Pflanzen ist.“ Studien zu den langfristigen Folgen gibt es bis heute kaum. Ein Vertreter der Behörde erklärt auf Nachfrage, man verlasse sich auf das, was die Unternehmen einreichen.

Bei dem Interview kommt zudem heraus: Die Agrochemie-Unternehmen finanzieren auch Reisen und Schulungen der Behörde. Und später, bei dem Besuch eines „Centers of Excellence“, wird deutlich, dass es dem Unternehmen nicht nur um den sicheren Umgang mit Pflanzenschutzmitteln geht. Hier wird auch gezielt für die eigenen Produkte geworben. Andere Schulungsmöglichkeiten zum Pflanzenschutz gibt es für die kenianischen Landwirte allerdings kaum.

Wenn die Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln eine Wette ist, dann scheint das Unternehmen sie zu gewinnen. Allein 2022 setzte Bayer Crop Science mehr als 25 Milliarden Dollar um. Mehr als je zuvor.

Am Mount Kenya hat Henry Muriuki seine Bienen versorgt. Er streift seinen selbst genähten Kopfschutz ab und macht sich auf den Weg zu seinem Garten. Dort zieht er Avocadobäume, Kohl, Zucchini, dazwischen blühen wilde Blumen. Um seine Pflanzen vor Schädlingen zu schützen, stellt er sein eigenes Pflanzenschutzmittel her, aus dem Harn seiner Hasen, Ziegen und Kühe. Es soll die Insekten nicht töten, sondern nur vertreiben. Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass solche Mittel erfolgreich sein können. In Kenia forscht auch das internationale Insektenforschungszentrum ICIPE zu niedrigschwelligen, umweltverträglichen Pestiziden. Aber bisher nur in Testmengen. Für eine kommerzielle Produktion fehlt das Geld.

Unten im Tal verwenden viele Landwirte stattdessen lieber das Bayer-Produkt „Thunder“. Eines jener Mittel, die in Europa seit Jahren verboten sind. Die Kräfteverhältnisse im Streit um die Zukunft Kenias, sie sind ungleich verteilt. ●

Diese Recherche wurde ermöglicht mit Unterstützung von Journalismfund Europe